

Der Versuch, die den sie fest-
den Monaten
dodur die
Lief ihm auf
Da hing ja
ri weit und
widerstehen
unter dem
mer aus-be-
ergeben und

Darinschick
berin Helene
diebstahl in
10 Mark und
10 Monaten
suche, ent-
lich auch noch

Ortler.
schädigung
unvollständig
3 Mt.
bestimmen, 6 Mt.
das Militär-
eine besondere
Volksstimme zu
he Zeitungen

Kaiserjäger-
ge, in einem
nende heitere
Bühne, dem
mitgegeben
sticht: „Aus-
...“ auf dem
des Pantoffel
Über eines
mat meinen
Gauke nicht
mir abends
Bühne, nun
he tragen?“
„Ich trage
den linken
Kreuz: „Liebe

Bestechungs-
schändliche
ertrügerischen
belle Straf-
Kammer
Anhaber der
plzhandlung,
Kirma lie-
in Comp-
a von zwei
oblag, um
ter erhielten
handelte die
n den Kauf-
trager und
eitsver-
bertrag den
Kette & G.
Kuniergeldes
eagleistung
Schloße um
genannter
bte erhielt
nur neuen
in Gefängnis
auf 5 Jahre

der englische
te nachdrück-
te der Feinde
e Mine aus
halten keine
in der Ge-

stellung!
iel Nazimus

iel Nazimus

Salbe St.

naher!

rabfäse
p. der Vb.
der Vb.
ebels Stütz
id. ganz grob
Mt. per Vb.
Vb. der Vb.
Kreuz
den, Nr. 4

Abonnements:
Monatlich 50 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegraphen-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Einzelplatt. Zeitungsloste 15 Pf.
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die 14 tägige Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Volkschaffkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer.
beide in Frankfurt a. M.
Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Weiskirchstr. 9, Telephon 3715.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 57 Mittwoch den 8. März 1916 27. Jahrgang

Ein Mißerfolg Wilsons.

Das deutsche Steuerbuckett vollständig. — Salandra droht mit Kammerauflösung.

Die politische Krise Italiens.

Alle italienischen Parteien und auch die Regierung empfinden die Lage als unhaltbar, die Krise ist jetzt in der Kammer offen ausgebrochen. Aber das Kennzeichnende der Lage ist eben, daß immer noch jener Zustand weiter besteht, der die Kritiker des Kabinetts Salandra dessen Sturz gleich-
zeitig erheben und fürchten läßt. Die Parteien der Kriegs-
stellen, wie in Russland sind es besonders die Liberalen und
ihre reformsozialistischen Schwärmchen, attackieren Salandra,
um ihn zur Kriegserklärung gegen Deutschland zu treiben;
aus dem Kriegselend suchen sie einen Ausweg zum Kriegs-
jammern. Etwas nach dem Worte: Lieber ein Ende mit
Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Sie begen dabei
wohl die trügerische Hoffnung, England werde sich dann dem
schwer leidenden Italienern, das nicht einmal die unmittel-
baren Kosten der Kriegsführung aufzubringen vermag, halber
erweisen, als es bisher durch die Wucherpreise für Kohlen
und ähnliche Goldabschneiderien geschah. Der Sinnbild auf
das von den Interventionisten, den Befürwortern des großen
Kriegs, verfolgte Ziel, nötigt aber andere Kritiker Salandra's
das Kabinett wenigstens bedingt in Schutz zu nehmen. Um
die Interventionisten zum offenen Harbekenntnis zu zwingen
und in der Hoffnung, dieses Treiben dadurch unerschütterlich zu
machen, hatten die offiziellen Sozialisten als Gegner des
Kriegs überhaupt die Vespungung der Auslandspolitik vor
die Erbsberatung setzen wollen; irgend welche Vertrauens-
oder Tadelserkundungen hatten sie jedoch nicht an den be-
treffenden Antrag geknüpft. Der Antrag wurde vor einigen
Tagen durch Kammerbeschluss befähigt, materiell war jedoch
über die Politik der Regierung nichts ausgesagt, nach allen
Seiten blieb die Ungeklärtheit weiter bestehen. Eindeutiger
war schon die Zurückweisung des weiter von den Sozialisten
gestellten Verlangens nach schleuniger Erörterung der durch
den Krieg geschaffenen sozialpolitischen Fragen: die Unter-
stützung und Ernährung der Volksmassen, auch die Be-
schaffung von Arbeit macht natürlich in Italien noch mehr
Sorgen als etwa in Frankreich oder Deutschland. Die
Kammermehrheit hat im Einverständnis mit der Regierung
diese Angelegenheit für nicht so dringend erklärt; bei dieser
Weisheit nach dem Rezept des alten Crensterna mag indes
keinem wohl zu Mute gewesen sein. Und immer noch bleiben
jene 150 Interpellationen bestehen, die der Kammer den Weg
zur geordneten Arbeit verbauten. Interpellationen, die doch
nur leeren Vorgesängen dienen, denn „Secolo“ hat nicht so
Unrecht mit der Meinung, wenn es drauf und dran geht
würden die Interpellanten adthaben, damit Salandra nicht
stolpere. Denn was nachkommen könnte, dünkt jedem als
noch schlechter.

Am 6. März kam es in der Kammer zu einer Art Er-
plosion. Mailänder Blättern und einem Bericht der „Agenzia
Stefani“ ist darüber zu entnehmen:

Da die Kammer über einige Interpellationen und Anfragen
zu verhandeln geneigt schien, erklärte der offizielle Sozialist Cicotti,
daß eine Fäulung der namentlichen Abkündigungen in diesem Augen-
blick, wo alle gegen das Kabinett ein Gefühl des Mißtrauens
besteht, einer Schandtat der Kammer gleichkäme. Daraufhin er-
klärte Salandra in heftigem Tone, daß wenn der gegenwärtige
Zustand, der sich in den letzten vier bis fünf Tagen in der Kammer
herausgebildet habe, nicht ausbilden sollte, ihm nichts anderes
übrig bliebe, als sich an die Krone zu wenden, um die Lösung
vorauszufragen, die er für nötig halten würde. Der Kammer wurde
es an Gelegenheit zu ausführlichen politischen Erörterungen nicht
fehlen. Es werde auch der Etat des Innern zur Vespungung ge-
bracht, und diejenigen, welche Grund gehabt haben, ihre Meinung
über die Haltung der Mitglieder der Regierung in Bezug auf ihre
Verdienste und die Fehler in der Leitung des Landes in dieser
geschichtlichen Stunde zu ändern, würden es offen bekennen können.
Zur äußersten Linken gewandt, sagte Salandra: Aber erscheint es
Ihnen unfer und auch Aberr würdig, dieses Spiel mit nomen-
tlichen Abkündigungen und Bestätigung der Beschlußfähigkeit fort-
zusetzen? Wenn die Kammer mit diesem System fortfahren sollte,
würde sie dem Lande, das sie vertritt, nicht dienen. Es wäre des-
halb unsere Pflicht, die Lage zu prüfen, um alsdann der Krone
die Entschlüsse, die verlangt werden müßten, vorzuschlagen. Denken
wir an den Augenblick, in welchem wir leben. Das Land will
etwas ganz anderes, als von diesen erbschütterlichen Streitigkeiten
wissen. Es sieht Ihre Mission als Vertreter des Landes höher auf.
Geben Sie dem Lande nicht mehr das Schauspiel, daß die Kammer
sich zu unwürdigen Streitigkeiten herabwürdigt.

Das ist die wenig verhüllte Drohung mit der Kammer-
auflösung. Man kann sie kaum anders verstehen, als daß
Salandra freie Hand zu erlangen hofft; er meint, die Dro-
hung werde genügen, ihm eine Mehrheit zu schaffen, die jeder-
zeit willig alle unangenehmen Interpellationen und Anträge
befähigt. Die Probe darauf gelang auch tadelloß: die Kam-
mer hat die in Aussicht gestellte Erörterung der Wirtschaft-
fragen gemäß dem Wunsch der Regierung auf eine Sitzung
beschränkt und sie verließ sogar die Aussprache über die
Unterstützung der Familien Einderufener auf den Rimmer-

leinstag. Ueberaus charakteristisch ist, wie das geschah.
Bigna forderte die Aussprache, Salandra drückte aus, das
Kabinett werde die Aussprache als Mißtrauensvotum auf-
fassen, wenn sie nicht wenigstens auf sechs Monate zurück-
gestellt werde. Die Abstimmung folgt, es ergibt sich Be-
schlußfähigkeit: eine große Zahl der Volksboten hatte der
Tapferkeit besseres Teil gewährt und sich der Abstimmung
entzogen. Damit ist aber wiederum nichts entschieden; oder
höchstens dargetan, daß Salandra nicht befragen muß, diese
Kammer werde in diesem Zustand der Dinge ihr stützen.
Auf diese Weise behält Salandra freie Hand, sich durch
Kriegserklärung an Deutschland völlig der Entente zu er-
geben oder die Sonderstellung Italiens weiter zu wahren,
und „freie Hand“ behält er gegenüber dem Elend der Volks-
massen. Nichts ist entschieden und dadurch bleibt die Un-
entschiedenheit und Verwirrenheit das Kennzeichen des
politischen Zustandes.

Das Aulcheertragnis.

Vern, 7. März. (W. V. Nichtamtlich.) Der Agencia
Stefani zufolge erreichen die Zeichnungen auf die national-
Anleihe 2933 Millionen Lire, ungerundet die Zeichnungen
der Kolonien und der Italiener des Auslandes, aus welchen
noch ein bedeutender Betrag zu erwarten sei. Die Konver-
tionen von früheren Anleihen, sowie die Einzahlungen in
Zahlungseinzahlungen betragen 652 Millionen Lire, so daß die
Vereinzahlungen die Gesamthöhe der beiden früheren An-
leihen übersteigen werden. (Gestern eingelaufene Nach-
richten aus Bern sprachen von nur 1200 Millionen wirklichen
Ertrag. Red.)

Die Kriegführung in Albanien.

Vern, 7. März. (W. V. Nichtamtlich.) Die Agencia
Stefani meldet die Ernennung des Generalleutnants
Piacentini zum Kommandanten des Spezialkorps in Alba-
nien und bemerkt dazu: Die Ernennung eines Generals von
so hohem Rang, sowie die Tatsache, daß die Streitkräfte, die
er befehligt, mehrere Divisionen umfassen, lassen auf die
große militärische Bedeutung schließen, welche dem Besatz
von Valona beigemessen wird. Generalleutnant Piacentini
ist bereits in Valona eingetroffen und hat das Kommando
übernommen.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 7. März. (W. V. Nichtamtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Kleine englische Abteilungen, die gestern nach starker
Feuerverberichtung bis in unsere Gräben nordöstlich von Ver-
mells vorgedrungen waren, wurden mit dem Bajonett wie-
der zurückgeworfen.

In der Champagne wurde in überraschendem An-
griff östlich von Reims die französische Stellung zu-
rückgeworfen, in der sich die Franzosen am 11. Februar
festgesetzt hatten. 2 Offiziere, 150 Mann wurden dabei ge-
fangen genommen.

In den Arnonen schoben wir nordöstlich von La Cha-
lade im Anschluß an eine größere Sprengung unsere
Stellung etwas vor.

Im Maasgebiet fristete das Artilleriefener west-
lich des Flusses auf, östlich davon hielt es sich auf mittlerer
Stärke. Abgesehen von Zusammenstößen von Erkundungs-
truppen mit dem Feinde kam es zu Nahkämpfen nicht.

In der Woivre wurde heute früh das Dorf Fres-
nes mit flammender Hand genommen. In
einzelnen Häusern am Westrand des Ortes halten sich die
Franzosen noch. Sie bückten über 300 Gefangene ein.

Eine unserer Luftschiffe besetzte nachts die Bahnanlagen
von Bar-le-Duc ausgiebig mit Bomben.

Ostlicher und Balkankriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 7. März. (W. V. Nichtamtlich.) Amtlich wird
verlautbart, 7. März 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Karpiwka waren Abteilungen der Armee
des Generalobersten Gräberzogs Josef Ferdinand den Feind
aus einer Verschanzung und setzten sich darin fest. Nordwest-
lich von Tarnopol vertrieb ein österreichisch-ungarisches
Streikkommando die Russen aus einem 1000 Meter langen
Graben; die feindliche Stellung wurde zugeschnitten. An der
bessarabischen Grenze war gestern die Geis-
tätigkeit beiderseits reger.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert. Keine besonderen Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Brier, Feldmarschallleutnant.

Die Schlacht um Verdun.

Der Fortgang der deutschen Operationen um Verdun ist
so lebhaft, daß der deutsche und der französische Tagesbericht
von gestern je einen Erfolg vom linken und vom rechten Ufer
der Maas melden. Die deutsche Nachricht betrifft das Dorf
Fresnes in der Woivre-Ebene, mit dessen Einnahme wir
näher an die Côte Vorraine und die Befestigungsbügel der
Stadt Verdun von Osten her herangerückt sind. Offenbar wird
ein Blick auf die deutsche Karte zeigt, hat wohl ebenso seinen
geringen. Und daß die deutschen Stöße hier nahezu an der
schlimmsten Stelle unserer Umklammerungslinie erfolgten, wie
ein Blick auf die deutsche Karte zeigt, hat wohl ebenso seinen
Grund, wie die Lebhaftigkeit der Kämpfe, die im Nordwesten
stattfinden. Offenbar streben die beiden Verrückungen dem-
selben Ziele zu, einer Abkürzung Verdun und einer Um-
fassung von Norden und Süden die sich vielleicht im West-
treffen soll. Die Einnahme des Dorfes Fresnes auf dem
nordwestlichen Maasufer, die uns der französische Bericht zu
unsern Gunsten meldet, daß durchaus in diesen Plan.

Au diesen Kämpfen verbreitet die französische „Agence
Havas“ folgende Note: „Die Lage, die seit einigen Tagen im
Gebiete von Verdun unverändert blieb, veränderte sich am
Montag. Die Aktion gewann an Ausdehnung. Der
Kampf, der seit dem 2. März im Gebiete von Douaumont
und Soudreourt auf dem rechten Ufer der Maas lokalisiert war
verbreitete sich heute auf das linke Maasufer. Zwischen
Bethincourt und dem Fluß gelang es den Deutschen
nach heftigem Bombardement in das einen Vorposten unserer
Linie bildende Dorf Fresnes einzudringen. Sie konnten
jedoch nicht aus dem Dorfe hervorbringen, sondern wurden
trotz wiederholter Verluste durch unser Feuer zurückgeworfen.
Das von ihnen erzwungene Gelände beläuft sich auf 100 bis
150 Meter höchstens. Dieser Fortschritt gewährt den Deut-
schen keinen entscheidenden Vorteil, denn wir behaupten die
beherrschende Stellung bei der Côte de Poie. Er beweist
nur den lebhaften Wunsch des Feindes, den hinderlichen Vor-
posten, welchen die Maas nördlich Verdun bildet, zu befeiti-
gen. Aber hier wird die Hoffnung der Deutschen enttäuscht
werden.“ Vielleicht schmeit der deutsche Tagesbericht gerade
aus dem Grunde, weil den Franzosen auch an dieser Stelle
noch manche „Enttäuschungen“ bereitet werden sollen.

Das zerstörte Verdun.

Pariser Blättern wird gemeldet, daß der „Bataillon“
von Verdun, Regnaud, verschwunden ist. Regnaud hatte sit-
tend während des Bombardements der Stadt mit noch etwa 80
Verwunden, die seitdem nach Bar-le-Duc abtransportiert wurden, in
die Galerien der Zitadelle geflüchtet. Diese Zitadelle vor
Verdun bildet geradezu eine aus zahllosen, in den Keller-
gebaute Galerien bestehende Stadt. Die Mauern dieser
Galerien messen 12 bis 13 Meter, an gewissen Stellen 2
Meter. Ueberaus soll die Stadt Verdun entgegen verweisen
Verdun nicht vollständig zerstört sein. An den Zivilern
von Chateau-Mour wurden noch einer Meldung des „Bel-
Journal“ zahlreiche französische Schwerverwundete einge-
liefert, die fast alle aus den Kämpfen bei Douaumont kom-
men. Sie erklären, einer wahren Hölle entronnen zu sein.

Französische Befürchtungen.

Während Servé entgegen offiziellen Ablenkungsver-
suchen in seinem Blatt behauptet, bei Verdun würden die
Grenzen Frankreichs und Europas entschieden, kritisiert
Clémenten, der Vorsitzende der parlamentarischen
Kontrollkommission für die Front, in einem verbotenen Ar-
tikel, der jedoch durch Abdruck Verbreitung gefunden hat, die
Anfänge der Schlacht von Verdun. Er stellt fest, daß die
Verteidigung der Festung durch den deutschen Angriff voll-
ständig überrocht wurde, daß die Artillerie-Verteidigung

bersteht und infolgedessen die Infanterie in Massen geopfert wurde. Clementen verlangt, daß die Schuldigen bestraft werden und, wie die Mitteilungen des „Echo de Paris“ erkennen lassen, ist es offenbar auch schon in der Armeekommission des Senates und der Kammer zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Schlacht von Verdun gekommen. General Berain ist erst am 25. Februar zum Oberbefehlshaber der gesamten Armee der Gegend von Verdun berufen worden. Man muß daraus schließen, daß dem General Humbert dieses Kommando erst während der Schlacht von Verdun entzogen worden ist.

Der letzte Luftangriff auf England.

Der „Nottinghamshire Courier“ meldet aus London: In den nördlichen Gegenden sei der Zeppelinangriff während eines Schneesturmes ausgeführt worden. In einem Distrikt sei der Schnee so dicht gefallen, daß das Luftschiff sich nur mit Hilfe von hellerem Licht orientieren konnte. Fast der ganze Schaden wurde in einer einzigen Stadt angerichtet. Das englische Kriegsamt teilt mit, daß von den feindlichen Luftschiffen bei dem Angriff in der Nacht vom 6. auf 7. März 90 Bomben abgeworfen wurden. Die Bomben wurden angeblich meistens in den ländlichen Distrikten fallen gelassen. Dies möge auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß die Zeppeline infolge des härmlichen Wetters im unklaren darüber gewesen seien, wo sie sich befinden, und ihre Bomben loswerfen wollten, ehe sie unter dem Schutze der Nacht einkamen. Es sei kein militärischer Schaden irgendwelcher Art angerichtet. Nur Zivilpersonen wurden getroffen. Im ganzen seien 13 Personen getötet.

Die Gewalttat Portugals.

In Berliner Mätern findet sich eine aus Moskau datierte Deutsche, wonach Deutschland ein Ultimatum an Portugal gestellt habe, mit der Aufforderung, die beschlagnahmten Schiffe binnen 48 Stunden frei zu geben. Ueber die Zuspitzung der Beziehungen zu Portugal nachdem es die in seine Häfen gestrichelten deutschen Schiffe beschlagnahmt hat und trotz des Protestes der Reichsregierung auf der Beschuldigung besteht, gibt man sich wohl nirgends mehr Zweifel hin. Die Tatsache dieser widerrechtlichen Beschuldigung und wohl auch das formale Verhalten, das Portugal bisher in den Verhandlungen bewiesen hat, wird die natürlichen Konsequenzen zur Folge haben. Ob dies aber durch ein Ultimatum in der oben erwähnten Form geschieht, der „Frankf. Sta.“ zum mindesten zweifelhaft. Zu Grunde kommt es auch auf die Form nicht an. Gabas meldet aus Madrid: Die Beschuldigungen der deutschen in Portugal requirierten Schiffe sind in Madrid eingetroffen. Sie wurden dem Konsul vorgestellt.

Amerika und Deutschland.

Washington, 8. März. (H. B. Nichtamtlich.) Durch Kaufspruch des Verichtersatters der „Ästhetischen Zeitung“. Die Lage ist jetzt unaufrichtig. Der Umstand, daß Wilson's Wunsch bezüglich der ihm ungünstigen Kongressresolution, die die Amerikaner vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen warnen soll, vollkommen unbeachtet geblieben ist, läuft auf eine Niederlage hinaus. Die Republikaner sind nicht gewillt, sich für Wilson stark zu machen, da die Republikaner des mittleren Westens gegen eine idiosynkratische Partei gegen Deutschland sind. Die Demokraten sind nicht geneigt, ihre Partei zu verlassen. Es ist fast sicher, daß die Abstimmung zugunsten einer Warnung mindestens eine starke Minderheit finden wird. Wenn Deutschland seine Bereitschaft ausgeben würde, die Bewaffnung von Handelsschiffen zu verteidigen, so gäbe es, im Falle Amerika eine Warnung gegen das Reisen auf Schiffen mit Angriffswaffen erteilen würde, dann würde der Kongress die Warnungsresolution annehmen.

Die Geschäftsordnungscommission des Repräsentantenhauses war übereingekommen, am Dienstag eine anderthalbstündige Debatte darüber zuzulassen, ob der Antrag angenommen werden soll, welcher die allgemeine Debatte über den Antrag Mac Vennore auf vier Stunden auszudehnen erlaubt. Wenn das Haus den Antrag annimmt, soll eine

zweite Abstimmung am Schluß der Debatte über den Antrag vorgenommen werden, die Resolution Mac Vennore auf den Tisch des Hauses zu legen. Es wird erklärt, daß die Republikaner gegen jeden Geschäftsordnungsantrag stimmen werden, wie sie es gegen alle Schritte tun, die darauf hinauslaufen, eine freie Aussprache zu hindern. Der Führer der Republikaner, Mann, kündigte dem Hause an, er sei überhaupt dagegen, die Angelegenheit im Repräsentantenhaus zur Sprache zu bringen. Das Haus sollte ihm lauten Beifall, als er die Amerikaner angriff, die etwa das Land durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in einen Krieg verwickeln würden. Der Redner sagte: Ich hoffe, unsere Bürger werden niemals auf die Probe gestellt werden, ob sie zu kämpfen haben, weil irgend ein Narr uns in Verwicklungen bringt, indem er gegen Bezahlung auf ein bewaffnetes Schiff geht unter der Gefahr, erschossen zu werden.

Türkischer Tagesbericht.

Konstantinopel, 7. März. (H. B. Nichtamtlich.) Das Hauptquartier meldet: An der Trakfront brachten wir alle Verluste des Feindes, sich unseren Stellungen im Abschnitt von Gelahje zu nähern, zum Scheitern. Bei Anadol-Amarra keine Veränderung. — An der Kaukasusfront: verloren die dorthin Gesandte in den letzten Tagen ihre Festigkeit. Auf beiden Seiten herrscht offensichtlich Ruhe. Die Antwort unserer Artillerie machte das von feindlichen Kriegsschiffen zuweilen mit Unterstützung von Flugzeugen beobachteten der Küsten der Dardanellen eröffnete geringe Demonstrationen unwirksam. Zwei feindliche Kreuzer wurden getroffen. Die Linienschiffe unserer Flotte verhindern Erkundungsversuche, die von Zeit zu Zeit von feindlichen Flugzeugen an den Dardanellen unternommen werden. Die feindlichen Flieger fliehen, ohne sich in einen Kampf einzulassen, sobald sie eine Annäherung unserer Kampfmaschinen bemerken.

Die neuen Reichssteuern.

Die neuen Steuern des Herrn Dr. Helfferich werden von der Presse mit recht gemäßigten Gefühlen aufgenommen. Man hatte von ihm Großartigkeit erwartet, statt dessen bietet er sich. „Das hätte der alte Rübe auch gekonnt“ — diesen Stoßverser hat ein Blatt von sich, das bisher immer zu den Bewunderern Helfferichs gehörte. In der Tat arbeitet der neue Schatzsekretär mit recht ollen Negativen. Der Quittungsschein ist bereits zweimal, nämlich 1906 und 1909, vom Reichstag abgelehnt worden. Jetzt wird diese Steuer, wesentlich verändert, dem Reichstag zum dritten Male präsentiert, hoffentlich mit keinem besseren Erfolg. Wenn angeblich die schlecht bezahlten Schichten der Bevölkerung geschont werden, so ist das ein Trugschluß. Da für nur ein Beispiel. Wenn die Wohnungsmiete nicht mehr als 300 Mark im Jahr beträgt, so soll sie steuerfrei bleiben. In Berlin und anderen Großstädten müssen die meisten Arbeiter, unteren Beamten usw. mehr als 300 Mark an Miete bezahlen. Die Miete wird fast durchgängig monatlich bezahlt. Rechnet man die Wohnung 420 Mark, also monatlich 35 Mark, so ist pro Jahr zwölfmal 10 Pfg., also 120 Mark Steuer zu zahlen. Wer dagegen eine Wohnung zu 120 Mark hat und die Miete vierteljährlich zahlt, der bezahlt viermal 20 Pfg. Steuer, insgesamt 80 Pfg. In Kleinstädten zahlt auch der mittlere Beamte nicht mehr als 300 Mark für eine geräumige Wohnung an Miete, in Großstädten bekommt man dafür kaum ein paar elende Bäder eine menschenwürdige Wohnung kostet jedenfalls erheblich mehr. Die nationalliberale und die fortschrittliche Presse konstatiert mit Genugtuung, daß der lästige Scheidungschein beseitigt ist. Bei näherem Zusehen muß diese Presse nun eingestehen, daß ihre Freude keine ungetrübte gewesen ist, denn anstelle des Scheidungssteuers tritt nun eben, wenn der Scheid der Verzählung dient, der Quittungsschein. Bei Zahlungen in beliebiger Höhe beträgt der Scheidungssteimpel 10 Pfg., wenn künftig der Scheid auf einen Betrag von mehr als 100 Mark lautet, dann beträgt der Quittungssteimpel 20 Pfg. Elegisch bemerkt dazu das „Berl. Tageblatt“: „Der Fiskus nimmt eben das, was er mit der einen Hand gibt, mit der anderen doppelt.“

Schon vor einiger Zeit hat die „Deutsche Tageszeitung“ empfohlen, jetzt von der ganzen Steuerfabrikation abzusehen und das ganze Defizit einfach aus den Anleihenmitteln zu bestreiten, um dann nach dem Kriege alles großzügig zu ordnen. Diesen Gedanken greift jetzt auch die „Berliner Morgenpost“ auf, die schreibt:

„Wenn es nicht möglich ist, einfachere und dabei ergiebigere Anleihen zu schaffen, so lasse man es lieber ganz. Man bringe den Bedarf von einigen hundert Millionen lieber zusammen mit den vielen Milliarden noch einmal auf dem Kreditwege auf. Das Vorgehen zur Bezahlung der Zinsen ist im allgemeinen gewiß nicht schön. Daß es nicht zum Grundgesetz einer geordneten Finanzwirtschaft werden darf, ist selbstverständlich. Aber auch der wichtigste Grundgesetz geordnet im beengenden Kasse eine Ausnahme, und diese Ausnahme ist im zweiten Jahre des Weltkrieges vielleicht am Platze. Wir wissen, daß wir nach dem Kriege hohe Steuern werden auferlegen müssen. Dazu wird viel Steuerfreudigkeit gefordert, und diese Steuerfreudigkeit soll man nicht vor dem Zeitpunkt der großen Neuordnung durch heimliche Steuerbefreiungen von der Art des Quittungssteimpels im Keime erlöchen.“

Diese Vermögensvorschlüsse lassen von Steuerfreudigkeit nicht gerade viel erkennen. Es ist also möglich, daß sich die bürgerlichen Parteien dahin einigen, außer der Kriegsgewinnsteuer keine neuen Steuern zu beschließen. Man möchte die neuen Steuern lieber bis nach dem Friedensschluß, noch lieber vermittels bis nach den Neuwahlen des Reichstages verschieben, damit man nicht mit zu großen Steuerlasten beladen in den Wahlkampf ziehen muß. Solche Finanzwirtschaft wäre das nicht.

Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Die Regierung hat jetzt den Reichstag mit der Bitte um Zustimmung zu folgenden Erhöhungen der Post- und Telegraphengebühren: Briefe im Orts- und Nahverkehr 2 Pfennig; im Fernverkehr 3 Pfennig; für Drucksachen bis zu 50 Gramm 1 Pfennig, darüber 2 Pfennig; für Pakete bis zu 5 Kilogramm in einer Zone bis zu 75 Kilometer 3 Pfennig, für die weiteren 10 Pfennig, für die Pakete über 5 Kilogramm entsprechend 10 und 20 Pfennig; für Postanträge 3 Pfennig, für Wertbriefe in der Zone bis zu 75 Kilometer 5, darüber hinaus 10 Pfennig; für Postanweisungen bis zu 10 Mark frei, bis zu 100 Mark 10 Pfennig, bei größeren Beträgen 20 Pfennig; auch im Postschiffverkehr bleiben Beträge unter 10 Mark frei, darüber 5 Pfennig für jede Postkarte, 5 Pfennig für jede Anweisung und für jede Ueberweisung von einem Postschiffkonto auf ein anderes 2 Pfennig. Für Telegramme innerhalb der Stadt 15 Pfennig, im Fernverkehr 25 Pfennig, für Korbpostsendungen 5 Pfennig, für den Fernpostverkehr, sowohl für den Anschlag wie für die Eingekapselung, 20 Prozent.

Sendungen, die bisher gebührenfrei waren, sowie auch Soldatenbriefe, bleiben vom Zuschlag befreit. Während der ersten zwei Monate wird bei Nichtzahlung des Zuschlags kein Strafporto erhoben, sondern nur die Nachzahlung des Zuschlags verlangt. Die Befreiung von Telefonanschlüssen dürfen diese mit einmonatiger Frist kündigen. Die Zuschläge sind nicht durch besondere Stempelmarken zu zahlen, sondern durch Postwertzeichen. Es werden zu diesem Zweck gleich von Anfang an Zweipfennigmarken ausgegeben werden und, sobald die Reichsdruckerei herstellen kann, auch 15-Pfennig-, 7-Pfennig- und 4-Pfennig-Marken. Aus dieser Veranlassung und Unterbindung des Verkehrs wird eine Vereinfachung von 200 Millionen Mark eingebracht. Die Form des Reichszuschlags wurde gewählt, weil damit auch der von der hohen und der wirttembergischen Postverwaltung erhobene Zuschlag voll in die Reichskasse fließt. Die Folge wird natürlich sein, daß weniger Briefe, statt dessen mehr Postkarten geschrieben werden und daß namentlich die Anstaltsverwaltungen mit einem erheblichen Rückgang rechnen müssen.

Erhöhung des Stempels auf Frachtbriefe.

Die Sätze erfahren folgende Steigerung:

Stückzahl	bisher	künftig
Einzelst.	nichts	15 Pfg.
Einzelst. u.	nichts	30
Pa. sendungen	20—50 Pfg.	1—2 Mk.
Waggonbriefe	20—50	150—3

Man rechnet aus dieser weiteren Erhöhung des Verkehrs mit einer Mehrerhebung von 80 Millionen Mark.

Erhöhtes Gesamtertrags.

Das Steuerprogramm des Reichsschatzsekretärs Dr. Helfferich sieht also, abgesehen von der Kriegsgewinnsteuer, so aus:

Genilleton.

Die Kämpfe um Verdun.

Nach französischen Augenzeugen

Die Douaumont erobert wurde, erzählt einer, der's zitternd miterlebte, im Pariser „Figaro“ vom 2. März: „Wir waren zur Verstärkung nach Verdun gerufen. Am Abend des 20. Februar langten wir an und wurden sofort nach Châtillon, östlich von Verdun, geschickt, wo wir verhältnismäßig (1) ruhig der Dinge warteten, die da kommen sollten. Tags darauf hatten wir uns nach Thiaumont aufzumachen. Die deutsche Artillerie wirkte verheerend. Die schweren Geschosse schlugen über unseren Köpfen dahin und ließen sich auf Verdun nieder. Nicht neben uns donnerten die im offenen Felde eingegrabenen Geschütze und die Artillerie des Forts Douaumont. Die Deutschen schienen sich indes nur wenig um das Fort zu kümmern. Zweifellos wollten sie vor allen Dingen demoralisierend wirken, daß sie ihr ganzes Feuer auf die Stadt richteten. Von Dienstag ab fielen ihre Granaten auf das Fort und das befestigte Lager. Die Truppen aus Samogneux, Saumont, Ornes, Mancourt kamen zu uns herüber und schweigend, voller Mut und Angst erwarteten wir die Stunde der Entscheidung.“

Nur die Artillerie sprach noch. Mit fieberhafter Hast vollzog sich ordnungsgemäß der lästige Nachschub. Munition, Kanonen, immer neue Kanonen, immer neue Munition wird durch unsere Linien geschickt. In umgekehrter Richtung kommen verwundete Artilleristen, die aus dem Fort herangeschafft werden sollen, an uns vorüber. (Solat eine Zensurliste. Red.) Am 25. früh kommt der Befehl, sich bereit zu halten. Die widerwärtigsten Voraussetzungen laufen in unseren Reihen um. (Zensurliste. Red.) In der Nacht vom 25. zum 26. können wir uns endlich einmal in weiten unterirdischen Gängen zum Schlaf niederlegen.

Da werden die Boches gemeldet. Es ist drei Uhr früh, man sieht klar wie am helllichten Tage. Die Granaten kreuzen ihre Bahnen und donnern mit einem entsetzlichen Getöse, die Geschosse erschellen das Schlachtfeld. Deutlich unterscheidet man, wie die feindlichen Streitmassen in gedrängten

Reihen zum Angriff überkommen. Ein Ried moat aus ihren Reihen auf: Es bracht ein Auf wie Donnerhall! . . . Es ist ihre Wacht am Rhein. Unbemerklich in tiefem Schweigen verharren wir vor dem Schauspiel, das sich da vor unseren Augen abrollt. Die Kanonen des Forts donnern weiter, die anderen haben ihre Arbeit eingestellt. Als die Deutschen auf 200 oder 300 Meter heran sind, fallen auch sie wieder ein, und die Boches sinken nieder. Aber sie trotzen dem Sturm von Eisen und Blei, sie geben vor und immer weiter vor, und wir sind ganz sprachlos vor Bestürzung, als es plötzlich heißt: „Sie sind im Fort!“ — Neben mir steht ein Sergeant und weint vor Wut. — Schmeißt sie heraus! heult er auf. Auf was wartet ihr zum Donnerwetter, um dranzugehen! . . . Ein Befehl! Tornister herunter, Zeitengewehr aufgezogen, ein Trompetenschlag, und fort geht es über Schlammfelder, mehr springend als laufend. Eine Gewissheit blüht uns der Kampf und dauert doch nur wenige Minuten. Die Unseren fallen in Scharen, noch zahlreicher fallen die Feinde. Unsere Verstärkungen laufen an, das Fort wird befreit, wir halten die ganze Umgebung. Blutbedeckt, kollektivt schlüpfen wir Atem.“ Die Befreiung des Forts war bekanntlich ein Irrtum.

Das Leben in Verdun.

Darüber berichtet Dr. Francois Helme nach der Darstellung einer Dame die in der Festung seit dem Tage der Mobilisierung als Krankenschwester Dienste geleistet hat, im Pariser „Temps“ vom 4. d. M. wie folgt: „In Verdun gibt es zwei Städte, die Altstadt, die sich um den Palast des Bischofs auf dem nach der Maas fließenden Hügel erstreckt, und die neue Stadt, deren Häuser regellos in der Richtung nach dem Ufer zu aus dem Boden gewachsen sind. Vom Standpunkt der Wohnungsverhältnisse bietet Verdun mit seinen engen Straßen nicht gerade das Beste und kann mit seinem Häusergewirr nicht verlocken. Dafür aber bietet es desto größeren Schutz gegen die Bomben und Geschosse. Und dann gibt es Keller. Aber was für Keller! Die unterirdischen Räume sind zwei Stockwerke tief und so schön eingebaut, daß man glauben könnte, sie wären eigens in Voraussicht der berühmten 2er und 3er angelegt worden, von denen uns der Feind eine ganz antändliche Portion zugeordnet hatte. Gleich bei Kriegsausbruch hatten wir unter dem Geschützfeuer schwer zu leiden, da die Verkehrsverbindun-

gen mit Belgien abgebrochen waren. Dann trat nach dem September eine verhältnismäßige Ruhe ein. Nur war die Stille keine absolute. Wenn auch die Zeppeline keinen gefahrlosen Flug über die Festung wagten, so waren dafür die „Tauben“ von einer Indiscretion sondergleichen. Und dazu kamen die Bombardements mit den weittragenden Geschossen. Es herrschte im allgemeinen vollkommenste Brüderlichkeit. Wir bildeten eine einzige große Familie. Vom Mobilisierungstage ab wurden Hunde und Katzen aus Stadt und Umgebung verschrieben. Und da wimmelte es bald voller Katzen, es war schauerhaft; dies Fera wurde zu einer wahren Plage. Das Kommando und die Wohlfahrtsvereinigungen gaben sich alle Mühe, uns von den Viechern zu befreien. Aber der Erfolg blieb aus. Man hat sich oft die Frage vorgelegt, weshalb die Feinde und vor allem der Kronprinz eine solche Wut im Insturm gegen unsere Festung zeigten, und man hat da viele Gründe für dieses blutige und gewalttätige Anrennen zum besten gegeben. Was will Ihnen einen Grund offenbaren, der nichts mit tatsächlichen Dingen zu tun hat. Ich habe ihn von einem Deutschen.“ Und nun wird breitbeinig erzählt, daß der Kaiser auf Verdun es lediglich deshalb abgesehen habe, weil die Stadt bei der berühmten Teilung des Erbes Karls des Großen unter seine Enkel im Jahre 843 nicht an Deutschland gefallen war. Was Ludwig dem Deutschen damals vor über 1000 Jahren entgangen war, wollte sich Kaiser Wilhelm II. jetzt durchaus holen. Das habe er sich nun einmal in den Kopf gesetzt.

Aus diesem Grunde würde der Feind „das Unmögliche“ leisten, um uns zu „erhalten“. Darum hat sein Angriff am 21. Februar keinen Menschen in Verdun überrascht. Schon am Tage vorher waren wir durch einen Kundschaftersturz der deutschen Flieger hinreichend vorbereitet auf das, was kommen sollte. Am Montag begann der Tag um 8½ Uhr und dauerte gleichgültig zwölf Stunden ohne Unterbrechung. In der Nacht darauf setzte der Schneefall ein, und am Dienstag lag eine weiße Decke über der Erde. Außer den Kanonenschüssen gab es kein Geräusch. Die Stadt lag wie tot da, so tief und trübsalig war das Schweigen. Mäander Unvorsichtige steckte seine Nase raus, um „zu sehen“. Bums, da kam schon wieder ein Geschöß. Und wie es da frachtete! Selbst in unserem unterirdischen Unterstand gingen alle Schreien kaputt. Von Zeit zu Zeit kriegten wir sogar etwas in unseren Betten

Zigarettensteuer	150 Millionen Mark
Quittungsstempel	100 „
Post- und Telegraph	200 „
Frachtschiffstempel	80 „
Zusammen	530 Millionen Mark

Wie der Vertrag in Vollziehung ausfällt, bleibt abzuwarten; daß er die angenommene Höhe nicht erreicht, ist sicher.

Die Ernährungsfragen im sächsischen Landtag.

Die zweite Kammer hat sich mit den Abänderungen zu befassen, die die erste Kammer zu ihren Anträgen in der Lebensmittelfrage beschlossen hat. Die sozialdemokratische Fraktion nahm noch mehr Gelegenheit, durch ihren Redner scharfe Kritik an den bisherigen Maßnahmen der Regierung zu üben. Er schloß mit den Worten: „Wir haben in Berlin nicht zu bitten, sondern energisch zu fordern und zu protestieren.“

Danach nahm sofort der Minister des Innern das Wort: Er habe sich leider geirrt, daß die Verhältnisse härter seien als die berechtigten Wünsche der Verbraucher. Die Erhöhung der Kartellpreise sei die notwendige Folge der letzten Zeit. Die Maßnahmen seien dem Reichsminister ohne Mitteilung der Bundesräte verfügt. Die sächsische Regierung sei daher nicht in der Lage, diese Maßnahmen zu verteidigen. Auch sie sei davon überzeugt gewesen und habe vielmehr auf ein Zurückgehen der Kartellpreise gedrungen. Für die Ernährung der Kinder und der armen Leute müsse das Mögliche getan werden. Die Regierung stelle daher den Gemeinden monatlich 250.000 Mark als Beitrag zur Beschaffung von möglichst billigen Lebensmitteln für die arme Bevölkerung zur Verfügung. Die Regierung hoffe, auf diese Weise die schlimmsten Schäden zu beseitigen.

Noch weiterer unwesentlicher Debatte wurde den Abänderungen der ersten Kammer zugestimmt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Interpellation wegen der beschleunigten Erhöhung der Preise für Milch eingebracht, die in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen wird.

Die gewerkschaftliche Internationale.

Genosse Nummer schreibt in der „Metallarbeiter-Zeitung“: Der Internationale Metallarbeiter-Bund hat sich als kriegsmittelfreudig erwiesen. Sein Gehör hat dem Kriegstun getrotzt. Ja, er hat sogar in den letzten Monaten eine beträchtliche Stärkung durch den Beitritt der 75.000 Maschinenbauer der Vereinigten Staaten erfahren. Der Anstoß der stärksten der amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften läßt auf baldigen weiteren Zugang von Amerika hoffen. Natürlich hat der Krieg die Verbindung der Bundesleitung mit den Organisationen kriegsführender Länder erschwert, unterbunden. Aber diese Unterbrechung ist weniger auf Abneigung der dortigen Bundesgenossen, sondern auf die trennenden Schlingengänge zurückzuführen. Die Möglichkeit ist geschaffen, die Fühlung zwischen den verschiedenen Teilen des Bundes weiter zu pflegen. So geht der Austausch von Gedanken, Zeitung und Berichten weiter. Die Zeitung ist selbst während des Krieges technisch wie inhaltlich verbessert, schon jetzt das Mittel vorbereitet worden für den engeren Meinungsaustausch nach dem Kriege, wo man sich sicherlich viel zu sagen haben wird.

Der verhältnismäßig günstige Stand der Internationalen der Metallarbeiter mag gütlich auf die Beherrschung der Lohndrucke zurückzuführen sein, daß sie, die Metallarbeiter, der lebendigen internationalen Verbindungen noch dringender bedürfen als andere Berufsstände, schon weil in ihrer Industrie der Austausch von Arbeitern, Organisations- und Zeichnungen viel leichter möglich ist, viel reger gepflegt wird und sie viel mehr Unternehmen mit Zweigstellen im Ausland zählt als eine andere. Sicherlich hat auch die Leitung des Bundes viel zu dem günstigen Stand der Dinge beigetragen. Durch ihre unaufgeforderte Weiterarbeit am gemeinsamen Werk ist Reich und Glied zur Weiterarbeit ermuntert worden; durch ihre Standfestigkeit in der Zeit des wüsten Schwankens ist die Standfestigkeit der Mitgliedschaften nicht wenig gefördert worden.

Man braucht die Bedeutung der Leitung einer internationalen Organisation nicht zu überschätzen. Ihrer Wirksamkeit sind nach der politischen Seite hin enge Grenzen gezogen. Sie wird nicht mehr leisten, nichts Größeres vollbringen können, als es die Macht und der Ratwille der Mitgliedschaften gestattet. Ihre Tätigkeit wird mehr auf die Erhaltung und Verbesserung der Organisation gerichtet sein. Und hier kann sie schon durch Selbstvertrauen, Einheitsgefühl und dem Gegenteil von Anzweiflung verleiht werden. Mindestens vermag sie dem Umschreißen von Verwirrung vorzubeugen, indem sie selbst unwirksam bleibt; vermag sie der Enttäuschung entgegenzuarbeiten, indem sie selbst nicht enttäuscht.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Bei der Landtagswahl im 7. sächsischen Wahlkreis wurde an Stelle des verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Schmidt der konservative Kandidat, Regierungsrat Korte, mit 153 gegen 123 Stimmen gewählt. Damit geht die absolute Mehrheit in den Landtag von der Linken zur Rechten über.

Sozialdemokratische Landesorganisation und Gewerkschaftsfortschritt in Hamburg haben beschlossen, die Jugendheime zu kündigen und zu schließen. Im Jahre 1915 sind noch 29.000 Mark für Jugendpflege und Berufsausbildung ausbezahlt worden, aber nun fehlt es infolge des Waffeneinkaufs der Partei- und Gewerkschaftsmitteln zum Militär an Mitteln.

Die Leipziger Expeditionen der Arbeiter hatten mit Rücksicht auf die Forderung einer wöchentlichen Lohnzulage von 4 Mark beantragt. Der Vorstand des Unternehmerverbandes des

ab, und wir lachten, wenn wir sahen, daß niemand dabei zu Schaden gekommen war. In unserer Nähe hörten wir dann unsere Soldaten singen: On les aura, quand on voudra! (man wird sie kriegen, wenn man will). Die schrecklichsten Stunden aber waren die von Donnerstag zu Freitag. Dies illa, dies ira! (Der Tag der großen Abrechnung.) Es sah so aus, als ob alles in die Luft gehen wollte.

Aber wir alle, Frauen und Männer, hatten derart viel zu tun, daß wir gar keine Zeit hatten, über unsere Lage nachzudenken. Da gab es tausend Schwierigkeiten bei der Ernährungsfrage zu überwinden. Oft mußten wir unwillkürlich in ein Gelächter ausbrechen. So kam ein Soldat zu uns herein und erklärte, er habe aus guter Quelle erfahren, die Deutschen wären mit ihrer Munition zu Ende. Aber kaum hat er seinen Satz beendet, da schallt es gerade über seinem Haupt ein, daß es nur so eine Art hat. Ueber und über ist er mit Staub bedeckt, er kann nicht aus den Augen sehen. Dabei macht er ein so drolliges Gesicht, daß sich alles vor Lachen wälzen wollte. Dann hatten wir eine Schwester, die so taub war, daß sie keine Kanone hören konnte. Am dritten Tage des Bombardements vertraute sie uns ganz stolz an, sie hätte das Geräusch von zwei Explosionen vernommen. . .

Einem Treuen.

Er war einer der seltenen Menschen, die empfänglich und angeschlossen durchs Leben gehen und doch sich nie verlieren, weil die innere Festigkeit ihnen Haltung und Führung gibt. In dem Kranz junger Leute, die vor dem Krieg um mich saßen und mit stets frischem Verneuen sich in die deutsche Geschichte vertieften, fiel mir bald seine wache Ruhe auf, die von der Fähigkeit zur Konzentration zeugte. Auf Wanderungen schritt er gleichmäßig aus, nahm ohne Lärm an der Frohlichkeit teil und hatte doch immer die Augen offen für die Herrlichkeit der Natur, die dem Suchenden das bescheidenste Pfänzchen darbietet. Als er zu Weihnacht auf Urlaub heim-

Leipziger Fahr- und Verkehrsgewerbes hat darauf dem Transportarbeiterverband mitgeteilt, daß vom 1. März ab eine Lohnzulage von 2 Mark wöchentlich gewährt werden soll. Ein Teil dieser Pensen hat die Lohnzulage am letzten Lohnstage bereits gezahlt. Die Arbeiter nahmen in einer überfüllten Versammlung zu dem Vorschlag Stellung. Es war starke Reizung vorhanden, die Unternehmer durch einen Streik zur vollen Anerkennung der Forderung zu zwingen. Schließlich wurde das Angebot angenommen und die Leitung beauftragt, mit den Unternehmern weiter zu verhandeln und zu verfügen, weitere Zugeständnisse zu erlangen.

Ueber London-Amsterdam wird als Meldung der „Times“ berichtet: Um die ungeheuren Kosten der Mobilisierung zu vermindern, beschloß die griechische Regierung, noch zwei Reservejahrgänge von Meer und Flotte nach Hause zu schicken.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 7. März.

Die Ergänzung des Anknappungskriegsgesetzes wird in dreier Beratung ohne Debatte angenommen.

Darauf wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Die landwirtschaftlichen Etats.

Die Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung, des Landeswasseramtes, der Domänenverwaltung und der Forstverwaltung werden zu einer Besprechung verhandelt.

Hr. Dr. Forst-Reutlinger (Kons.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission und weist darauf hin, daß bei der Vorbereitung von Handelsverträgen die Interessen der landwirtschaftlichen Produktion ins Auge gefaßt werden müssen.

Hr. Kippmann (Kons.) berichtet über den Etat des Landeswasseramtes und erklärt, die Tätigkeit dieses neu geschaffenen Instituts hat sich im Kriege nicht entwickeln können. Leider ist der erste Präsident Engelhardt so früh gestorben. Er hat sein Werk durch den Tod ihres Vaterland geliebt. (Die Mitglieder erheben sich.)

Hr. von der Groeben (Kons.) berichtet über die Etats der Domänen und der Forstverwaltung. Es liegt eine Resolution der Kommission vor, die die Geldgutsatz zu fördern, Maßnahmen zur größeren Verwertung von Forstprodukten zu treffen.

Hr. Stahl (Zentr.): Es wäre falsch, aus den hohen Budgeterträgen der Domänenverwaltung allgemeine Schlüsse zu ziehen auf die günstige Lage der Landwirtschaft.

Hr. Bräse (Zentr.): Die vielfache Beanstandung von Brotgetreide durch die Weizen ergibt Erbitterung. Man vermutet, daß die Beanstandungen häufig aus dem Grunde erfolgen, damit die Weizen das Getreide dann billiger erhalten und verschiften können.

Landwirtschaftsminister Hr. v. Schulermer: Bei noch längerer Dauer des Krieges wird es kaum möglich sein, unsere Viehbestände auf der Höhe zu erhalten. Dem Wunsch, zwischen den einzelnen Provinzen bei Beginn der Weideweise die Anwesenheitsstände auszugleichen, werden wir uns bemühen und, wenn möglich, dabei auf Dänemark zurückgreifen oder für die feldmäßig-höflichen Weiden aus Ostpreußen geeignetes Vieh heranziehen. Gegenüber der Behauptung, daß die Maul- und Klauenseuche in milderer Form aufgetreten sei, verweise ich auf die Zahl der gesunkenen Tiere, die in reichendem Umfang zugenommen hat. Der Einschränkung der veterinärpolizeilichen Maßnahmen kann ich nicht zustimmen. Die Abschätzung von 600.000 Kühen halte ich nicht für zutreffend; ich glaube, daß es nicht einmal der halbe Teil ist. Damit entfallen auch die Schlüsse auf unsere Milch- und Futterversorgung. Wir gehen jetzt der Verwertung entgegen und werden dann bald einen günstigen Stand in der Versorgung mit Milch und Futter haben. Dem Wunsch nach Veranlassung von Veterinärärzten zur Weidewirtschaft wird, soweit möglich, entsprochen werden. So es ausgemittelt ist, sollen Waldweiden in Ermangelung anderer Futter für das Vieh freigegeben werden. Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Viehwirtschaften sollen unsere Viehbestände dem deutschen Volk erhalten bleiben.

Hr. Hoff (Kons.): Ich möchte der Auffassung widersprechen, als ob in dem geschlossenen Handelsstaat die Zukunft und das Wohl Deutschlands liegen soll. Wir sind der Ansicht, daß die Weite unserer Landwirtschaft von der Weite unserer gesamten Volkswirtschaft abhängig ist. Es kommt vor allem darauf an, nach dem Kriege billige Futtermittel ins Land zu schaffen, um unsere Viehbestände auf die alte Höhe zu bringen und uns vom Ausland unabhängig zu machen. (Beifall bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Hr. Oster (Soz.): Die Wirkungen des Krieges auf die Landwirtschaft sind wesentlich anders, als die Wirkungen auf die Industrie und das Handwerk. Die Landwirtschaft hat ihre Betriebe in voller Ausdehnung aufrechterhalten. Die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse waren derart, daß es den Landwirten möglich war, hohe Kapitalien auf die Banken zu schaffen. Eine Stichprobe von der Lage der Landwirtschaft ergeben die Domänen, die verstreut in allen Gegenden Preußens liegen. Die 1915 neu verpachteten Domänen haben durchschnittlich eine Pachterzeugung von mehr als 34 Prozent gebracht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Einzelne Domänen haben Pachtererzeugnisse von 100 Prozent, eine sogar von 200 Prozent gebracht. Es ist klar, daß solche Domänen früher zu niedrig verpachtet waren. Wir sind gegen eine Restrukturierung der Domänen; sie sollten vielmehr der Selbstverwaltung des Staates ausgeliefert und als Wasserbetriebe gehalten werden. Der Krieg sollte uns gelehrt haben, daß selbstverwalteter Staatsbetrieb, wenn wir ihn jetzt in größerem Umfang hätten, sehr zu begrüßen wäre. Es ist nicht, daß nach einer Erklärung des Ministers die Holzpreise verbilligt werden sollen. Die Anstöße

lam, hatte der schauerliche Kriegsklang ihn zum ersten Male gereizt. Da war nichts, gar nichts von lachender und grollender Nervosität; eine männliche Gelassenheit, ja: Gelassenheit, die das Unabänderliche traglos hinnimmt und doch seinen Augenblick verliert, das es fürchterlicher Wahnwitz ist, der die Welt durchbohrt. Nur drei Worte von Kampf und Gefahr; aber stützende Erzählen von Natur beobachtungen im Schützen-graben und von der Luft der Kameraden, weil sie mit Wüsten aus der Jugend“ das Referatquartier schloßen konnten; ein kräftig ausschweifender Satz, der von einer Begegnung mit dem Jugendfreund Martin Quard erzählt; dann wieder die sachliche Darlegung einer zoologischen Frage, die ihn im Felde beschäftigt hatte. Am Ende ganz schlicht, aber doch mit einem Unterton zitternder Erregung wegen der Willensschwäche von Kameraden, die es sich widerspruchslos hatten gefallen lassen, eine Schilberung, wie mein junger Freund gewisse Vorgefährten-Aktivist befreit hatte.

Ich war stolz auf den Jungen, der so zum Mann geworden. Die erste große Freude hatte er mit einst gemacht, als sein Vortrag über mittelalterliche Handwerksorganisation zeigte, wie ernst und erfolgreich er an sich und seiner Weiterbildung arbeitete. Nun aber, das war mehr, viel mehr: nun hatte sein ganzes Wesen sich im Glühofen des Weltkriegs als lauter Gold erwiesen, dem der Hammer des Weltkriebs auch edle Form gab. So ist die rechte Jugend, die in gereiften Jahren ihrer Klasse die Führer stellt! —

Vor Verbum endeten ein paar Rot Wei die Hoffnung. Nur die Erinnerung an Karl Menzer, nicht seine Person, kann denken, die ihn kannten, den Weg finden helfen. Ein gutes Buch: „Die Krone des Lebens“, das Goethes Gedichte enthält, hatte ich ihm noch geschickt: ehe es zu ihm kam, war ihm die Krone des Lebens gereicht, von der die Bibel sagt, sie werde den Gerechten als Lohn. Die Krone des Lebens — soll das für uns nicht bedeuten: seiner gedenken und unter der Jugend wirken, daß sie werde, wie er war? — eb.

Wäre der Fiskus bedenklich, indem er die Jagden in den Staatsforsten verpachtet. Dann würde außerdem auch mehr Wild abgeschossen werden. Bedauerlich ist, daß in den offizierten Gegenden mit den Baumbeständen vielfach Raubbau getrieben worden ist. Wir dürfen diese Raubpländer nicht in der Weise entwerten. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Daß in bedenklichem Umfang Stiche geschlagen worden seien, kann man nicht sagen. Mit dem Wiederkommen der Weidemöglichkeit schwindet die Gefahr vollständig, daß die Landwirte sich aus Futternot ihres wertvollen Bodenertrags entäußern können. Die Landwirtschaft ist im Gegenteil befreit, ihre Herde nach Möglichkeit zu vergrößern. Das Streben, möglichst viel Viehland in Kultur zu nehmen und dabei auch die Arbeit der Kriegsgelassenen nutzbar zu machen, können wir nur unterstützen. Wir haben auch schon früher immer auf die Notwendigkeit, diese Arbeiten im Interesse der besseren Ernährung des Volkes in Angriff zu nehmen, hingewiesen. (Beifall! Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir haben die überseelische Kolonialpolitik gerade mit der Begründung bekämpft, daß wir erst einmal im Inland alles Land kultivieren müßten; aber deshalb wurden wir verlacht und verspottet. Und wie liegen die Dinge jetzt in den Kolonien? Was nützt mir ein schöner Garten, wenn and're drin hingerichtet geh'n? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Kolonialpolitik können heute ein blühender Garten sein, in welchem Früchte für die Ernährung des Volkes reifen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Es müßte auch mit der Ernährung des Volkes besser, wenn wir die Sozialpolitik nicht gehabt hätten. Teufelsand wäre dann vor dem Kriege der gegebene Anstoß für die überflüssigen landwirtschaftlichen Produkte, z. B. Dänemarks, gewesen und hätte diese Beziehungen während des Krieges erst recht aufrechterhalten. Heute hat nun Dänemark seine Veranlassung, seinen alten Stunden Eng- und unter zu werden. Ein Glück nur, daß die von den Agrariern eintretende Zollherabsetzung auf Gemüse z. B. nicht durchgeführt worden ist, sonst hätten wir jetzt auch noch Dänemark Schwertgeilheit. Unsere Landwirtschaft ist bei den Futtermitteln vom Auslande abhängig. Wenn die Anbaufläche dieser bleibt, läßt sich der Krieg und bei intensiver Bewirtschaftung und völliger Grenzsperrung nur so zu einer gewissen Grenze steigern. Vielleicht traten die Herren Agrarier ihre Klage gerade deshalb jetzt so schmerzhaft nach dem Tode, wo sie neues Land dazu haben wollen, um die Möglichkeit der Selbstverwaltung zu bekommen und die Grenzen dann völlig sperren zu können. Aber dann wehe dem Volke, das den Agrariern und ihrer Preissteigerung ausgeliefert wäre! (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir in diesem Kriege noch vor der äußersten Lebensnot bewahrt geblieben sind, so verdanken wir das gerade den Vätern des Sozialpolitiksystems, durch die noch vor dem Kriege die Millionen Tennen Futtermittel herbeigekommen sind. In dem Viehstand, von dem wir jetzt leben, sind gewissermaßen ausländische landwirtschaftliche Produkte konzentriert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Glauben die Agrarier etwa, daß das, was sie jetzt selbst für die Volksernährung produzieren, auf die Dauer dem Volke genügen wird? Reicht haben Sie ja einen leuchtenden Hinweis, indem Sie die Schuld den Engländern in die Schuhe schieben. Dabei schlagen Sie zwei Fliegen mit einer Klappe: erheben treiben Sie Volksernährung, und zweitens sagen Sie, daß die Schuld nicht an ihnen liegt, wenn das Volk sich nicht ernährt. Aber das Streben der Volksernährung wird bald verlaßten, der Hof jedoch gegen die wahren Schuldigen der Lebensmittelerzeugung wird im Solle bestehen bleiben. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Auch die Landarbeiter werden von den Agrariern gedrückt: ihre Löhne sind niedrig. Es kommen auch immer wieder Fälle vor, daß Landarbeiter entlassen werden, wenn die Krieger Kriegsgelassenen als billige Arbeitskräfte gestellt bekommen. Ferner kommt in Betracht, daß die Kriegsertrauen jetzt viel weniger zur Arbeit herangezogen werden. Der Lohn der Landarbeiterinnen ist bekanntlich sehr niedrig, und wenn die Frauen für diesen geringen Lohn nicht in Arbeit gehen, wird ihnen häufig mit Entziehung der Kriegsunterstützung gedroht. (Beifall! Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Landarbeiter kämpfen heute unter menschenunwürdigen Ausnahmeverordnungen. Wenn Sie jetzt die heiligen Güter des Vaterlandes, wie Sie das nennen, verteidigen, so müssen Sie damit auch die moderne Sklaverei, die Knechtschaft, verteidigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen daran denken, daß Sie um die Rechte beim preussischen Wahlrecht betrogen werden. Nach dem Kriege wird auch der Landarbeiter der Waise sein, der seine Waise gelassen hat und gehen kann. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Die Landarbeiter stehen jetzt vor ihrer Schicksalsfrage. Sie haben jetzt die Macht, ihre Forderungen durchzusetzen. In dem jetzigen Kriege wird die Reaktion so gestärkt sein, daß auf allen Gebieten die Anhebung der Arbeiter noch weiter fortgeführt werden wird. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Dabei gilt jetzt für die Landarbeiter und für alle Arbeiter das Wort: Einmal, Voll, einmal! (Beifall! Beifall bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts, Zurufe: Thronen!)

Hr. Dr. Köpcke (Kons.): Mit schärferen Worten kann man keine Unzufriedenheit stiften. Den Vorwurf, daß die Landwirtschaft zu hohe Preise fordere, weisen wir zurück. Es wird niemand einem Versuch nachgehen, wenn er nicht irgend etwas dabei verdient. Der Abgeordnete Oster fordert für die Landwirtschaft den Arbeiterzwang. Wir können aber nur durch eigenen Willen und Arbeitsfreudigkeit ertüchtete Arbeit leisten. Wir müssen alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um England die Zufuhr abzuschnitten, damit die Finanzfrage Englands zu einer Lebensfrage wird. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister Hr. v. Schulermer: Wir können unsere Aufgabe nur erfüllen, wenn wir das Vertrauen der ganzen Bevölkerung haben. Wenn wir in einem gegenseitigen Vertrauen zusammenarbeiten, so wird man sagen können, daß die Landwirtschaft alles getan hat, um den Krieg zu gewinnen. (Beifall.)

Hr. Krüger (natl.): Wir fordern Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen; denn ihnen verdanken wir es, daß unsere Bauern so große Leistungen hervorbringen konnten. Auf dem Gebiete der Viehzucht haben sich die Sperrmaßnahmen, wie sie jetzt während des Krieges eingeführt wurden, als zweckmäßig erwiesen. Meine politischen Freunde werden die innere Kolonisation mit allen Mitteln zu fördern suchen. (Beifall.)

Die Beratung wird geschlossen. Die Haushaltspläne der landwirtschaftlichen Verwaltung, des Landeswasseramtes, der Domänenverwaltung und der Forstverwaltung werden genehmigt und die dazu vorliegenden Ausschusshandlungen und Anträge angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Kassabank der Eisenbahnverwaltung, keine Vorlagen).



Fackstein
Zigaretten
Einzig in Qualität
Trusfrei
A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

